



Entwicklungspolitisches Netzwerk  
Hessen

EPN Hessen · Vilbeler Straße 36 · 60313 Frankfurt am Main

Herr Clemens Reif  
Ausschuss Wirtschaft und Verkehr  
Hessischer Landtag  
Schlossplatz 1-3  
D-65183 Wiesbaden

---

Entwicklungspolitisches  
Netzwerk Hessen e.V.

---

Vilbeler Straße 36  
D-60313 Frankfurt am Main

---

Telefon +49 / (0) 69-91 39 51 70  
Telefax +49 / (0) 69-29 51 04

---

Internet [www.epn-hessen.de](http://www.epn-hessen.de)  
eMail [info@epn-hessen.de](mailto:info@epn-hessen.de)

---

Schriftliche Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Förderung und Stärkung kleinster, kleiner und mittlerer Unternehmen sowie der Freien Berufe und zur Vergabe öffentlicher Aufträge (Hessisches Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz) - Drucks. 18/3211 -

Frankfurt, 21. März 2011

Sehr geehrter Herr Reif,

mit Schreiben vom 08.02.2011 wurden wir in Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr des hessischen Landtags zu einer öffentlichen Anhörung zu oben genannter Gesetzesvorlage eingeladen und darum gebeten, Ihnen vorab eine schriftliche Stellungnahme zukommen zu lassen. Wir bedanken uns für die Einladung, der wir sehr gerne nachkommen.

Zum Gesetzentwurf Drucks. 18/1075 haben wir bereits im Oktober 2009 schriftlich Stellung genommen. Bezüglich des nun vorliegenden Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD möchten wir uns ausschließlich zu Abschnitt 4 zur Vergabe öffentlicher Aufträge und hier genauer zur Berücksichtigung sozialer Kriterien in der Auftragsvergabe (§ 19) sowie die Achtung der ILO-Kernarbeitsnormen (§ 26) äußern.

Es ist anerkannte Tatsache, dass die Integration von sozialen und ökologischen Kriterien in die öffentliche Auftragsvergabe einen wichtigen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung leistet. Öffentliche Auftraggeber setzen damit Maßstäbe und Impulse für Unternehmen, die in Entwicklungsländern produzieren oder produzieren lassen, auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen hin zu wirken und geltende Mindeststandards zu implementieren.

Auf internationaler Ebene gibt es eine Reihe von Abkommen, die als Referenzrahmen für Arbeits- und Sozialstandards dienen. Dazu gehören neben der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte insbesondere die von der ILO erarbeiteten Kernarbeitsnormen, auf die der Gesetzentwurf der SPD Bezug nimmt.

Auf europäischer und bundesdeutscher Ebene wurden Vergaberechtsreformen zur Integration sozialer Mindeststandards bereits vorgenommen. Auch in einigen Bundesländern ist dies bereits geschehen.

Nahezu alle deutschen Länder außer Hessen haben Beschlüsse gegen Produkte aus ausbeuterische Kinderarbeit gefasst. Die bisher fortschrittlichsten Vergabereformen wurden von den Ländern Hamburg, Berlin und Bremen vorgelegt, die analog zum vorliegenden Gesetzentwurf der SPD Hessen die Berücksichtigung der ILO-Kernarbeitsnormen vorsehen.

Hessen hat es sich erklärtermaßen zur Aufgabe gemacht, sich zum Vorreiter für nachhaltige und faire Beschaffung aufzuschwingen. Die gleichnamige Arbeitsgruppe der Nachhaltigkeitsstrategie, an der das EPN Hessen seit Beginn beteiligt ist, arbeitet seit Herbst 2009 an der Formulierung entsprechender Leitlinien und Fortbildungsinstrumente für die hessische Landesverwaltung. Der Diskussionsstand der Teilprojektgruppe "Normative Verankerung" entspricht auch weitestgehend dem von der Fraktion SPD vorgelegten Gesetzentwurf in den Punkten Integration sozialer Kriterien und der ILO-Kernarbeitsnormen. Damit ist Hessen bereit für eine Vorreiterrolle in diesem Bereich. Was fehlt, ist eine entsprechende gesetzliche Regelung durch die politisch Verantwortlichen. Mit den Entwürfen von Fraktion DIE LINKE und Fraktion SPD liegen dem hessischen Landtag entsprechende Vorschläge vor, um den von der Regierung im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie eingegangenen Verpflichtungen auch als Gesetzgeber nachzukommen.

Wir unterstützen den von der SPD vorgelegten Gesetzentwurf bezüglich Abschnitt vier §26 daher unumwunden und nachdrücklich. Wir drücken gleichzeitig unsere Besorgnis aus, dass die in §19 des gleichen Abschnitts festgeschriebene Kann-Regelung die Soll-Regelung in §26 relativieren könnte. Denn es ist gerade diese Soll-Regelung, die dem Gesetzentwurf seinen progressiven Charakter im Sinne nachhaltiger Entwicklung verleiht.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Martina Blank  
(Kordinatorin)